

Bundesrat will den Arbeitsmarktzugang für Studierende aus Drittstaaten erleichtern

28.10.2021

Auf einen Blick

In der Schweiz studieren Zehntausende ausländische Studierende von ausserhalb der Europäischen Union – viele davon im MINT-Bereich, wo ausgewiesener Fachkräftemangel herrscht. Der Bundesrat möchte dieses brachliegende Potenzial nun besser nutzen und die rechtlichen Grundlagen für einen erleichterten Zugang zum Schweizer Arbeitsmarkt schaffen.

Nach einem eher düsteren Corona-Winter brummt der Weltwirtschaftsmotor seit einigen Monaten wieder. Die Exporte Schweizer Unternehmen haben neue Höchstzahlen erreicht. Der Nachfrageüberschuss führt nicht nur zu Lieferengpässen und steigenden Preisen, auch der Fachkräftemangel macht sich wieder deutlich bemerkbar. Bereits 2019 forderte economiesuisse, das brachliegende Potenzial ausländischer Hochschulabsolventen in der Schweiz besser auszunutzen, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Auch das Parlament verlangt mittels einer Motion, dass die in der Schweiz ausgebildeten jungen Spezialistinnen und Spezialisten aus Drittstaaten unbürokratisch hierbleiben und arbeiten können. Nun hat der Bundesrat seinen Umsetzungsvorschlag präsentiert. Ob er ausreicht, um die Forderung zu erfüllen, ist noch unklar.

Tiefere Zulassungshürden zahlen sich aus

Obwohl jährlich rund 3000 Personen aus Drittstaaten in der Schweiz eine Hochschulausbildung abschliessen, erhalten nur etwa 150 bis 200 von ihnen eine Arbeitsbewilligung. Und dies, obwohl die Schweiz jährlich fast 200 Millionen Franken in ihre Ausbildung investiert und viele in Bereichen studieren, in denen Fachkräftemangel besteht. Zudem besitzen sie einen inländischen Abschluss, der für den einheimischen Arbeitsmarkt von direkter Relevanz ist und keine spezielle Anerkennung braucht. Und weil sie dank ihrem Studium bereits zu einem gewissen Grad in der Schweiz integriert sind, verursachen sie auch weniger soziale Kosten. Schliesslich ergeben sich zusätzliche Einnahmen für den inländischen Fiskus, falls die Absolventen im Inland eine Erwerbstätigkeit aufnehmen und dadurch Steuern zahlen.

Der internationale Wettbewerb um Fachkräfte verschärft sich

Viele Staaten versuchen die Attraktivität eines Studiums für Ausländerinnen und Ausländer zu erhöhen. Oftmals geht dies über die Vereinfachung von Visabestimmungen oder einen erleichterten Zugang zum inländischen Arbeitsmarkt nach Abschluss. Bemerkenswert ist, dass zuletzt immer mehr Länder Spezialregelungen für Absolventen der MINT-Fächer, also Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik, einführen. Während die Schweiz bei der Zulassung von Absolventen aus Drittstaaten zum Arbeitsmarkt restriktiv ist, zeigt ein Blick auf konkurrierende Volkswirtschaften, dass viele von ihnen entsprechende Hürden abgebaut haben. Für einen innovationsgetriebenen, stark global ausgerichteten Wirtschaftsstandort wie die Schweiz ist der heutige Umgang mit Studierenden und Absolventen aus Drittstaaten nicht mehr zeitgemäss. **economiesuisse** wird zu gegebener Zeit fundiert Stellung nehmen zu den Vorschlägen des Bundesrats.



Rudolf Minsch

Leiter Wirtschaftspolitik & Aussenwirtschaft, Chefökonom, Stv. Vorsitzender der Geschäftsleitung